

Güteverfahren – Ein Weg zur Konfliktlösung

Wer sich für ein Güteverfahren vor einer anerkannten Stelle entscheidet, um einen Konflikt anzugehen, kann damit in seinem Einzelfall recht zügig zu einem Ergebnis kommen.

Ein bei der Gütestelle eingereichter Antrag führt zunächst dazu, dass die Verjährung gehemmt wird, d. h. erst später abläuft. Das ist auch dann der Fall, wenn sich herausstellt, dass der oder mehrere Antragsgegner sich nicht auf ein solches außergerichtliches Streitschlichtungsverfahren einlassen wollen. – Ob sich der Gegner auf ein solches nicht öffentliches Verfahren einlässt kann er eigenständig entscheiden; er muss es also nicht.

Wenn Sie sich als Anleger in dem ACI-Fonds VI. für ein solches Verfahren entscheiden, bedeutet das, dass wir einen einzigen Güteantrag gegen die – aus unserer Sicht – beiden Prospektverantwortlichen stellen werden.

Die Kosten der Gütestelle belaufen sich dann für alle Anleger zusammen auf € 309,00 zzgl. der eigenen anwaltlichen Kosten von € 226,10 je teilnehmenden Anleger (vgl. Vergütungsvereinbarung). Endet das Güteverfahren mit einem Vergleich, fallen weitere anwaltliche Kosten an, deren Höhe sich nach den gesetzlichen Gebühren richtet; verweigert die Gegenseite allerdings ihre Teilnahme, fallen diese Kosten nicht an.

Wenn Sie sich für ein solches Güteverfahren bei dem ACI-Fonds VI. entscheiden, so können Sie uns **bis spätestens Freitag, den 19. November 2010, 16.00 Uhr**, beauftragen, indem Sie die folgenden Formulare vollständig ausgefüllt zu uns faxen als auch den Beteiligungsantrag.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass nur vollständig ausgefüllte Anträge auf Einleitung eines Güteverfahrens angenommen werden können.

GÖDDECKE
RECHTSANWÄLTE
Auftrag / Prozessvollmacht und Vollmacht / Abtretung

Soweit Zustellungen statt an den Bevollmächtigten auch an die Partei unmittelbar zulässig sind (z. B. § 16 FGG, § 8 VwZG), bitte ich diese nur an meinen Bevollmächtigten zu bewirken.

Rechtsanwalt Hartmut Götdecke, Auf dem Seidenberg 5, 53721 Siegburg (nachfolgend Kanzlei genannt)

wird in Sachen

(☞ bitte tragen Sie hier Ihren Namen ein)

gegen **Hans-Uwe Lohmann, Robin**

wegen **ACI-Fonds VI. Güteverfahren**

Prozessvollmacht gemäß §§ 81 ff. ZPO, §§ 138, 302, 374 StPO, § 67 VwGO, § 73 VwGO, § 73 SGG und § 62 FGO erteilt, die sich insbesondere auf folgende Befugnisse erstreckt:

1. Verteidigung und Vertretung in Bußgeldsachen und Strafsachen in allen Instanzen, auch als Nebenkläger. Vertretung gemäß § 411 StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gemäß §§ 233, 234 StPO, zur Stellung von Straf- und anderen nach der StPO zulässigen Anträgen und von Anträgen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, Erklärungen und Ladungen gemäß § 145 a III StPO.
2. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gemäß §§ 153, 153 a StPO zu erteilen sowie Akteneinsichtnahme.
3. Entschädigungsanträge nach dem StREG zu stellen.
4. Empfangnahme von Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere des Streitgegenstandes und der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und zur Verfügung darüber ohne Beschränkung gemäß § 181 BGB.
5. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
6. Entgegennahme von Zustellungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen - auch in Ehesachen.
7. Beseitigung des Rechtssstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis.
8. Vertretung vor den Familiengerichten gemäß § 78 I 2 ZPO.
9. Vertretung von Insolvenz-, Konkurs-, Vergleichs- oder Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen sowie als Nebenintervent. Die Vertretung in allen Angelegenheiten vor dem Patent- und Markenamt.
10. Alle Nebenverfahren, z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltungen und Hinterlegungsverfahren.
11. Abgabe von Willenserklärungen, Ausspruch von Kündigungen. Vereinbarungen über den Gerichtsstand. Abschluß vertraglicher Vereinbarungen.
12. Die Vollmacht erstreckt sich auch auf außergerichtliche Verhandlungen aller Art und auf Abschluß eines Vergleichs zur Vermeidung eines Rechtsstreits, insbesondere zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer (alle Tatbestände Nr. 2400 RVG), sowie Vereinbarungen in Ehesachen und Folgesachen zu treffen.
13. Die Beauftragung erfolgt unabhängig von der Kostenschutzusage einer eventuell bestehenden Rechtsschutzversicherung oder beantragter Beratungs- bzw. Prozeßkostenhilfe.

Der Mandant, mehrere Mandanten als Gesamtschuldner treten Kostenerstattungsansprüche an die Kanzlei ab. Zahlungsansprüche aus einem evtl. bestehenden Rechtsschutzversicherungsvertrag werden sicherungshalber an die Kanzlei abgetreten. Es wird dem/den Mandanten gestattet, den Anspruch gegenüber dem Rechtsschutzversicherer in eigenem Namen außergerichtlich und gerichtlich (z.B. Deckungsschutzklage) geltend zu machen. Sofern eine Abtretung aus rechtlichen Gründen unwirksam sein sollte, oder die Rechtsschutzversicherung der Abtretung - soweit erforderlich - nicht zustimmt, wird der Rechtsschutzversicherer angewiesen, evtl. Zahlungsansprüche direkt an die Kanzlei zu leisten. Für den Fall des Anwaltswechsels wird schon jetzt festgelegt, dass die Kanzlei im Falle einer erteilten Deckungszusage zum Empfang der Versicherungsleistung berechtigt sein soll (Einschränkung des Wahlrechts der Kostenerstattung).

Besondere Hinweise In **Arbeitsgerichtssachen**: Hinweis auf § 12 a ArbGG bezüglich des Ausschlusses der Kostenerstattung im ersten Rechtszug nach Satz 1 ist erfolgt. Bzgl. der **Kosten für Deckungsanfragen für Rechtsschutz bei Rechtsschutzversicherungen** wird ausdrücklich auf § 6 Abs. 2 Allg. Mandantenbedingungen hingewiesen.

Mit der Geltung der auf der Rückseite abgedruckten **Allgemeinen Mandantenbedingungen** bin ich ausdrücklich einverstanden.

☞

den.....

(Ort)

.....

(Unterschrift des / der Mandanten)

Be-
son-
der-
er
Hin-
weis
bei
Fern-
ab-
satz-
ver-

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht. Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, eMail,) widerrufen. Die Frist beginnt mit Erhalt dieser Belehrung. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an:

RA Hartmut Götdecke, Auf dem Seidenberg 5, D-53721 Siegburg; Fax 02241/1733-44; eMail info@rechtinfo.de.

Widerrufsfolgen. Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugeben und ggf. gezogene Nutzungen herauszugeben. Können Sie uns die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, müssen Sie uns insoweit ggf. Werterlass leisten. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen Sie innerhalb von 30 Tagen nach Absendung Ihrer Widerrufserklärung erfüllen.

Besondere Hinweise. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn Ihr Vertragspartner mit der Ausführung der Dienstleistung mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung vor Ende der Widerrufsfrist begonnen hat oder Sie diese selbst veranlasst haben (z. B. durch Download etc.).

Bestätigung über Aushändigung der Widerrufsbelehrung

Hiermit bestätige ich, dass mir ein Exemplar der Widerrufsbelehrung heute ausgehändigt worden ist.

☞

.....

Ort, Datum, Unterschrift

Allgemeine Mandatsbedienungen

1. Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen (Stand 01.01.2003) gelten für alle Verträge, deren Gegenstand die Erteilung von Rat und Auskünften durch die Kanzlei an den Mandanten einschließlich etwaiger Geschäftsbesorgung und Prozessführung ist. Der Geltungsbereich erstreckt sich auch auf alle künftigen Geschäftsbeziehungen.
2. Geschäftsbedingungen der Mandanten finden nur Anwendung, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde (Abwehrklausel).

§ 2 Vertragsgegenstand/Leistungsumfang

1. Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Tätigkeit, nicht die Erzielung eines bestimmten rechtlichen oder wirtschaftlichen Erfolges. Die Kanzlei darf intern den erteilten Auftrag einem angestellten Rechtsanwalt zuweisen.
2. Die Kanzlei führt alle Aufträge mit größter Sorgfalt unter Beachtung der für sie geltenden Berufsordnungen und Standesrichtlinien und stets auf die individuelle Situation und die Bedürfnisse des Mandanten bezogen durch.
3. Die Kanzlei ist verpflichtet, im Rahmen ihrer Auftragsdurchführung die tatsächliche, wirtschaftliche und rechtliche Situation des Mandanten richtig und im notwendigen Umfang wiederzugeben. Dabei ist sie berechtigt, die von dem Mandanten genannten Tatsachen, insbesondere Zeit-, Adress-, Mess- und Zahlenaangaben und technische Positionen, als richtig zugrunde zu legen. Entsprechend von Dritten oder von dem Mandanten gelieferte Daten werden nur auf innere Plausibilität überprüft. Die Kanzlei hat jedoch auf von ihr festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen. Die Tätigkeit der Kanzlei erfolgt nach bestem Wissen und orientiert sich an Gesetz, Rechtsprechung und der jeweiligen berufsbezogenen Fachwissenschaft. Die Kanzlei ist nicht verpflichtet, auf steuerliche Auswirkungen hinzuweisen; wenn dieses nicht ausdrücklich Gegenstand des Mandatsverhältnisses ist; dieses gilt sinngemäß für Fragen außerdeutschrechtlicher Rechtsfragen.

§ 3 Leistungsänderungen

1. Die Kanzlei ist verpflichtet, Änderungsverlangen des Mandanten in Bezug auf die Auftragsdurchführung Rechnung zu tragen, sofern der Kanzlei dies im Rahmen ihrer betrieblichen Kapazitäten, insbesondere hinsichtlich des Aufwandes und der Zeitplanung zumutbar ist. Im Rahmen der konkreten Auftragsdurchführung stimmt sich die Kanzlei mit dem Mandanten bezüglich der angestrebten Zielsetzungen ab, wobei sie berechtigt ist, von Weisungen des Mandanten abzuweichen, wenn sie den Umständen nach annehmen darf, dass der Mandant bei Kenntnis der Sachlage die Abweichung billigen würde.
2. Soweit sich die Prüfung der Änderungsmöglichkeiten oder die Realisierung der gewünschten Änderungen auf die Vertragsbedingungen auswirken, insbesondere auf den Aufwand der Kanzlei oder den Zeitplan, vereinbaren die Parteien eine angemessene Anpassung der Vertragsbedingungen, insbesondere bezüglich Vergütung und Terminierung. Soweit nichts anderes vereinbart ist, führt die Kanzlei in diesem Fall bis zur Vertragsanpassung ihre Tätigkeit unter Wahrung der Interessen des Mandanten im ursprünglichen Umfang fort.
3. Änderungen oder Ergänzungen des Auftrags bedürfen in der Regel zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit auch der Auftrag schriftlich erteilt wurde.

§ 4 Schweigeplicht/Datenschutz

1. Die Kanzlei ist zeitlich unbegrenzt verpflichtet, über alle Informationen oder Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Mandanten, die ihnen im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt werden, Stillschweigen zu wahren. Die Weitergabe an nicht mit der Durchführung des Auftrags beschäftigte Dritte darf nur mit Einwilligung des Mandanten erfolgen. Die Kanzlei übernimmt es, alle von ihr zur Durchführung des Auftrags eingesetzten Personen auf die Einhaltung dieser Vorschrift zu verpflichten. Die Kanzlei ist befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrags die ihr anvertrauten personenbezogenen Daten des Mandanten unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

§ 5 Mitwirkungspflichten des Mandanten

Der Mandant ist verpflichtet, die Kanzlei nach Kräften zu unterstützen und in ihrer Sphäre alle zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen; insbesondere hat der Mandant alle für die Auftragsdurchführung notwendigen oder bedeutsamen Informationen rechtzeitig, ggf. auf Verlangen der Kanzlei schriftlich, zur Verfügung zu stellen.

§ 6 Gebühren und Auslagen / Zahlungsbedingungen / Aufrechnung / Abtretung von Gebührenrückforderungen

1. Die Vergütung der Kanzlei richtet sich nach den für sie geltenden Gebührenordnungen in der jeweils gültigen Fassung, sofern nicht im Einzelfall schriftlich eine abweichende Vereinbarung (Beratungsvertrag, Honorarvereinbarung) getroffen wird. Ein nach dem Grad des Erfolges oder nur im Erfolgfall zu zahlendes Honorar ist stets ausgeschlossen. Sofern nicht anders vereinbart, hat die Kanzlei neben der Honorarforderung Anspruch auf Ersatz der Auslagen und der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Einzelheiten der Zahlungsweise ergeben sich aus den Gebührenordnungen oder der individuell abgeschlossenen Vereinbarung.
2. Wenn in der Angelegenheit eine Rechtsschutzversicherung eintrittspflichtig ist und dies durch eine schriftliche Deckungszusage der Kanzlei bestätigt wird, wird die Kanzlei diese Dienstleistung gemäß den gesetzlichen Vorschriften gegenüber dem Mandanten abrechnen. Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass er diese Anfrage bei seiner Rechtsschutzversicherung kostenfrei selbst einholen kann. Der Auftrag zu Einholung der Deckungszusage ist formfrei möglich. Ist streitig, ob eine Beauftragung zur Deckungseinholung vom Mandanten erteilt worden ist, so vereinbaren die Parteien schon jetzt abweichend zur gesetzlichen Regelung, dass die Beweislast hierfür den Mandanten trifft.
3. Alle Honorarforderungen werden mit Rechnungsstellung sofort fällig und sind sofort ohne Abzüge zahlbar. Auf Honorarforderungen der Kanzlei sind Leistungen an Erfüllung Statt und erfüllungshalber ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon sind die Hingabe von Schecks und Wechseln des Mandanten oder dessen Rechtsschutzversicherung sowie Zahlungen durch elektronische (Kredit-) Kartensysteme.
4. Mehrere Mandanten (natürliche und/oder juristische Personen) haften gesamtschuldnerisch auf Zahlung der gesetzlichen oder vereinbarten Vergütung der Kanzlei.
5. Eine Aufrechnung gegen Forderungen der Kanzlei (Gebühren und Auslagen) ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.
6. Der Mandant ist nicht berechtigt, Gebührenrückforderungen an dritte Personen abzutreten; unabhängig davon, ob diese von der Kanzlei anerkannt worden sind oder streitig.
7. Abreden, die Leistung an Erfüllung statt oder anderweitige Leistungen erfüllungshalber zu lassen sowie Abreden, nach denen entstandenes Honorar gemindert werden soll oder einem einzelnen Partner zustehen soll, werden wirksam nur schriftlich getroffen. Die schriftliche Vereinbarung bedarf der Unterschrift von zwei Partnern.

§ 7 Haftung

1. Die Kanzlei haftet dem Mandanten, gleichgültig aus welchem Rechtsgrund, für die von ihr bzw. ihren Mitarbeitern vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Schäden.
2. Im übrigen ist die Haftung der Kanzlei in Fällen einfacher Fahrlässigkeit in jedem Mandatsverhältnis auf einen Betrag in Höhe von € 1.000.000,00 beschränkt. Sollte aus Sicht des Mandanten eine über € 1.000.000,00 hinausgehende Haftung abgesichert werden, so besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten des Mandanten abgeschlossen werden kann.
3. Die Haftung für den Auftrag erstreckt sich ausschließlich auf die Anwendung deutschen Rechts.

§ 8 Treuepflicht

Die Parteien verpflichten sich zur gegenseitigen Loyalität. Sie informieren sich unverzüglich wechselseitig über alle Umstände, die im Verlauf der Auftragsdurchführung auftreten und die Bearbeitung beeinflussen können.

§ 9 Kündigung

1. Soweit nichts anderes vereinbart ist, kann das Vertragsverhältnis von dem Mandanten jederzeit gekündigt werden.
2. Das Kündigungsrecht steht auch der Kanzlei zu, wobei eine Beendigung des Mandats nicht zur Unzeit erfolgen darf, es sei denn, das für die Bearbeitung des übertragenen Mandats notwendige Vertrauensverhältnis ist nachhaltig gestört.
3. Noch nicht abgerechnete Leistungen werden unverzüglich abgerechnet und sind nach Erhalt der Rechnung sofort fällig, sofern dort nichts anderes vermerkt ist.
4. Das Recht zur außerdienstlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 10 Zurückbehaltungsrecht / Aufbewahrung von Unterlagen

1. Bis zum vollständigen Ausgleich ihrer Honorare und Auslagen hat die Kanzlei an den ihr überlassenen Unterlagen gegenüber dem Mandanten ein Zurückbehaltungsrecht. Dies gilt nicht, soweit die Zurückbehaltung nach den Umständen unangemessen wäre. Die Kanzlei kann sich in diesem Falle von der (vorzeitigen) Herausgabepflicht durch Übergabe von Kopien, deren Kosten der Mandant zu tragen hat, befreien; der Kanzlei steht hierzu das Recht auf Vorschuss in Höhe der Kopiekosten gemäß den gesetzlichen Vorschriften zu. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht auch, soweit Honorarabrechnung durch die Anwaltsliche Verrechnungsstelle, Köln, vorgenommen wird; unabhängig davon, ob die Forderung zum Inkasso eingereicht worden ist oder per Abtretung erfolgt, bis zum Zeitpunkt der erfolgten vorbehaltlosen Zahlung an die Anwaltsliche Verrechnungsstelle.
2. Nach Ausgleich ihrer Ansprüche aus dem Vertrag hat die Kanzlei alle Unterlagen, die der Mandant oder ein Dritter ihr aus Anlass der Auftragsausführung überlassen hat, nur herauszugeben, soweit dies von dem Mandanten ausdrücklich gewünscht wird. Die Herausgabe erstreckt sich nicht auf den Briefwechsel zwischen den Parteien und auf Schriftstücke, die der Mandant bereits in Ur- oder Abschrift erhalten hat.
3. Die Pflicht der Kanzlei zur Aufbewahrung der von dem Mandanten überlassenen Unterlagen erlischt 5 Jahre nach Beendigung des Auftrages.
4. Titel (Urteile, Kostenfeststellungsbeschlüsse, Vollstreckungsbescheide u.ä.) werden bei Beendigung der Tätigkeit der Kanzlei an den Mandanten zurückgegeben. Wünscht der Mandant eine Aufbewahrung dieser Titel bei der Kanzlei, erfolgt diese nur gegen Honorar.

§ 11 eMail Verkehr

1. Der Mandant erklärt sich damit einverstanden, dass die gesamte mandatsbezogene Korrespondenz mit der Kanzlei auch über die von ihm angegebene eMail-Adresse(n) geführt werden kann.
2. Zur mandatsbezogenen Korrespondenz gehören insbesondere auch alle gerichtlichen und außergerichtlichen Schreiben etc., die bei der Kanzlei in Bezug auf das erteilte Mandat eingehen. Der Mandant erklärt sich damit einverstanden, dass solche Schreiben von der Kanzlei eingescannt und per e-Mail an die e-Mail-Adresse versandt werden dürfen.
3. Der Mandat wird darauf hingewiesen, dass die eMail-Kommunikation mit nicht unerheblichen Risiken verbunden ist und aufgrund der technischen Voraussetzungen die über e-Mail versandten Daten von Dritten gelesen werden können. Es wird ferner darauf hingewiesen, dass es sich bei den von der Kanzlei versandten Daten um sehr vertrauliche Daten handeln kann. Trotz dieser Risiken ist der Mandant aber mit einer ggf. umfassenden eMail-Kommunikation in unverschlüsselter Form einverstanden; soweit erforderlich, wird der Rechtsanwalt in soweit von seiner beruflichen Verschwiegenheit entbunden. Diese Entbindung gilt auch als erteilt, wenn für den Mandanten ein Akte im Internet angelegt wird, da in soweit dritte Leistungsanbieter in das Mandatsverhältnis mit einbezogen werden.
4. Aufgrund vorstehend erwähnter Risiken dient die Kommunikation über eMail von beiden Seiten nicht der Abgabe rechtsgeschäftlicher Erklärungen sowie der Erteilung fristgebundener Aufträge an die Kanzlei.

5. Der Mandant verpflichtet sich, eine Änderung der eMail-Adresse der Kanzlei unverzüglich mitzuteilen.

§ 12 Erstattungsansprüche des Mandanten / Abtretung / Aufrechnung

Der Mandant tritt alle ihm aus dem Mandatsverhältnis entstehenden Erstattungsansprüche gegen den Gegner oder die Staatskasse an die Kanzlei in Höhe der Honorarforderung sicherungshalber ab. Die Kanzlei wird den Erstattungsanspruch nicht einziehen, so lange der Mandant seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, insbesondere nicht die Zahlung verweigert, in Zahlungsverzug gerät oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über sein Vermögen gestellt ist.

§ 13 Sonstiges / Erfüllungsort / Gerichtsstand

1. Rechte aus dem Vertragsverhältnis mit der Kanzlei dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung abgetreten werden.
2. Für alle vertraglichen Beziehungen zwischen den Parteien gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Auftragsgegenstand selbst ist ebenfalls ausschließlich deutsches Recht, es sei den dieses wurde ausdrücklich schriftlich abbedungen; das gilt auch für die Abbeditung des Schriftformerfordernisses.
3. Änderungen oder Ergänzungen dieser Bedingungen bedürfen der Schriftform und müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein. Dies gilt auch für diese Regelung.
4. Für alle aus dem Mandatsverhältnis resultierenden Rechte und Pflichten aller Vertragspartner wird der Sitz der Kanzlei als Erfüllungsort vereinbart.
5. Soweit vermögensrechtliche Ansprüche erhoben werden und der Vollmachtgeber keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat wird der Sitz der Kanzlei als Gerichtsstand vereinbart. Dasselbe gilt für den Fall, dass der in Anspruch zu nehmende Vertragspartner nach Vertragsschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Geltungsbereich der Zivilprozeßordnung (ZPO) verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort bei Klageerhebung nicht bekannt ist.

Hinweise zum Mandatsverhältnis

In der Rechtssache

(bitte tragen Sie hier Ihren Namen ein)

/ Hanns-Uwe Lohmann , Robin Lohmann

wird von der Kanzlei Götdecke auf folgendes ausdrücklich hingewiesen und folgendes vereinbart:

1. Sofern eine anderweitige Abrede über die Abrechnung des Rechtsstreits zwischen Ihnen und der Kanzlei Götdecke nicht getroffen wird, wird auf **Basis des Gegenstandswertes** gemäß gesetzlichen Gebühren abgerechnet (§ 49 b BRAO). Der Gegenstandswert kann sich u. U. im Laufe eines Verfahrens (gerichtl./außergerichtl.) ändern. Ein evtl. Kostenerstattungsanspruch des Mandanten gegen einen Dritten befreit nicht von dem gegen den Mandanten gerichteten Gebührenanspruch der Kanzlei Götdecke. Soweit für Teile des Mandatsverhältnisses i. S. d. anwaltlichen Gebührenrechts eine anderweitige Gebührenregelung als die gesetzliche getroffen worden ist, gilt diese nur für diese Teile bzgl. anderer Teile verbleibt es bei der gesetzlichen Regelung (RVG).
2. Außergerichtlich angefallene Kosten werden nicht in jedem Fall von der Gegenseite ausgeglichen; das gilt selbst dann, wenn ein gerichtliches Verfahren gewonnen werden sollte.
3. Auch bei erteilten **Kostendeckungszusagen von Rechtsschutzversicherungen** kann es sowohl im außergerichtlichen als auch gerichtlichen Bereich der Angelegenheit dazu kommen, dass die Versicherung die Kosten nicht im vollständigen Umfang übernimmt, so dass der nicht von der Rechtsschutzversicherung geleistete Teil von Ihnen zu erstatten ist.
4. Sollten Sie Kostenauflorderungen von einem Gericht oder einer Gerichtskasse erhalten, stellen Sie in jedem Fall sicher, dass eine Zahlung unverzüglich erfolgt, da sonst erhebliche Nachteile drohen können. Bei Zweifelsfragen sprechen Sie Ihren sachbearbeitenden Anwalt unbedingt an.
5. Aufgrund des **Geldwäschegesetzes** besteht bei relevanten Zahlungsvorgängen gesetzlich die Pflicht des Anwalts, Dritte (Kreditinstitut, RA-Kammer, etc.) über die maßgebliche Person (Identität, wirtschaftliche Berechtigung) zu informieren und Dokumente zur Identifikation vorzulegen. Das Mandatsgeheimnis wird insoweit eingeschränkt und der Mandant erkennt dieses an und willigte darin ein.
6. Vertragspartner des Mandanten ist ausschließlich RA Hartmut Götdecke, Auf dem Seidenberg 5, 53721 Siegburg.
7. Alle weitere Angaben gemäß Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung (DL-Info-V) finden Sie auf unserer Internetseite www.rechtinfo.de unter dem Punkt IMPRESSUM.
8. Zum Zwecke der Vereinfachung des Rechnungskassos ist die Kanzlei Götdecke berechtigt, Rechnungen, die an den Mandanten gestellt werden, an Deutsche Anwaltliche Verrechnungsstelle, 50968 Köln, Gustav-Heinemann-Ufer 58, abzutreten. Der Mandant willigt in die Abtretung ausdrücklich ein sowie in die Entbindung von der anwaltlichen Schweigepflicht soweit dieses für die Abrechnung und Geltendmachung der Forderung erforderlich ist und ist mit der Weitergabe der dafür erforderlichen Daten einverstanden. Auf die Unterzeichnung der Rechnung gemäß § 10 RVG verzichtet der Mandant.

Bestätigung und Erklärung der Mandantschaft

Über die vorstehenden Hinweise bin ich vor Eingehen des Mandatsverhältnisses ausdrücklich informiert worden. In die Abtretung, Entbindung von der Schweigepflicht und Weitergabe erforderlicher Daten gemäß Ziffer 10 willige ich ausdrücklich ein.

Ort	Datum	Unterschrift der Mandantschaft

Zwischen

und Kanzlei Hartmut Götdecke, Auf dem Seidenberg 5, 53721 Siegburg

Mandant(hier bitte Namen und vollständige Adresse eintragen)

Rechtsanwalt

Für die anwaltliche
Tätigkeit in der Sache

(bitte hier Ihren Namen eintragen)

/ Hans-Uwe Lohman, Robin Lohman

(bitte hier eintragen)

werden zwischen dem Rechtsanwalt und dem Mandanten anstatt der gesetzlichen Gebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) die Gebühren für nachfolgend beschriebenen Leistungen wie folgt abgerechnet. Soweit das RVG und das Vergütungsverzeichnis (VV) keine Regelungen für die nachfolgend beschriebenen Gebührentatbestände trifft, gelten die hier festgelegten Gebühren für die zusätzlichen Leistungen; soweit keine gesonderte Regelung zwischen Mandant und Rechtsanwalt getroffen wird, verbleibt es bei der gesetzlichen Regelung des RVG.

Durchführung eines Güteverfahrens gegen Prospektverantwortlichen ACI-Fonds VI.

Für die Durchführung eines Güteverfahrens vor einer Gütestelle wird eine streitwertunabhängige Vergütung von € 226,10 (€ 190,00 netto zzgl. € 36,10 USt.) vereinbart.

Vergleich

Endet das Güteverfahren mit Zustimmung des Mandanten einem Vergleich, so werden die dafür gesetzlichen Gebühren (RVG VV Nr. 1000) berechnet.

Umfang, Fälligkeit

Die Vergütungsvereinbarung gilt nur für ein Güteverfahren für Anleger in dem ACI-Fonds VI.

Die vereinbarten Entgelte sind sofort fällig bei Rechnungsstellung und unabhängig vom Ausgang des Verfahrens zu zahlen.

Siegburg

Ort

Datum

Unterschrift (Mandant) ggfs. Stempel

Hinweise

1. Auf Grund der Vergütungsvereinbarung können die gesetzlich vorgesehenen Gebühren überschritten werden. Soweit das vereinbarte Honorar die gesetzliche Vergütung des RVG und VV übersteigt, ist der übersteigende Mehrbetrag im Erfolgsfall nicht von der Gegenseite oder von einer Rechtsschutzversicherung zu erstatten. Die gegnerische Partei, ein Verfahrensbeteiligter oder die Staatskasse muss im Falle der Kostenerstattung regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten. Gleches gilt sinngemäß für Ziffern 1, 2 und 5, da insoweit die gesetzliche Anrechnungsbestimmung abbedungen bzw. Vergütung für Sonderarbeiten vereinbart wird.
2. Es wird darauf hingewiesen, dass für Vergütungstatbestände, die in dieser Vergütungsabrede nicht (anderweitig) geregelt worden sind, die Berechnung der Vergütung in Zivilsachen streitbezogen erfolgt.

Die beste Arbeit leistet, wer sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentriert. Damit wir uns noch mehr Zeit für Ihre Beratung nehmen können, haben wir in unserer Kanzlei die Honorarabrechnung an einen kompetenten Partner übertragen: Die Deutsche Anwaltliche Verrechnungsstelle AG - AnwVS -, Schanzenstraße 30, 51063 Köln. Die AnwVS gewährleistet die korrekte Bearbeitung der von uns vorgegebenen Rechnungen und erteilt Ihnen jederzeit alle gewünschten Auskünfte. Das von der AnwVS praktizierte Abrechnungsverfahren hat sich vielfach bewährt und entlastet unsere Kanzlei in der Verwaltung. So haben wir mehr Zeit, die speziell unseren Mandanten zugute kommt. Nach der geltenden Rechtslage ist für dieses Abrechnungsverfahren Ihr schriftliches Einverständnis erforderlich. Ich bitte Sie höflich um Ihre Zustimmung durch Unterzeichnung der nachstehenden Erklärung. Selbstverständlich ist die AnwVS zur absoluten Verschwiegenheit verpflichtet.

Zusätzliche Kosten entstehen Ihnen durch die Einschaltung der AnwVS nicht!

Zustimmungs- und Abtretungserklärung

zur Honorarabwicklung über die Deutsche Anwaltliche Verrechnungsstelle AG von nachfolgendem Mandanten:

Name, Vorname / Firma

Bei Firmen: Name, Vorname, Geschäftsleistung

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

Bei natürlichen Personen: Geburtsdatum

Bei Firmen: Handelsregister, HR-Nummer

gibt nach ausführlicher Aufklärung durch den beratenden Rechtsanwalt folgende Erklärungen ab:

1. Ich erkläre mich ausdrücklich einverstanden mit der Abtretung der Honoraransprüche meines Anwalts und der Vergütungsforderungen bzw. Pflichtverteidigergebühren gegen die Staatskasse aufgrund meiner Beratung und Vertretung sowie der Weitergabe der zum Zwecke der Abrechnung und Geltendmachung jeweils erforderlichen Informationen (Personendaten, Gegenstandswert, Beratungsinhalte, Prozessdaten und -verlauf, (Rechtsschutz-)Versicherungsdaten, Honorarsatz) an die Deutsche Anwaltliche Verrechnungsstelle AG, Schanzenstraße 30, 51063 Köln. Mir ist bekannt, dass mein Anwalt zur Weitergabe dieser Informationen an die AnwVS aufgrund der Abtretung verpflichtet ist. Ich entbinde hierzu meinen Anwalt ausdrücklich von seiner anwaltlichen Schweigepflicht, soweit dies für die Abrechnung und Geltendmachung der Forderungen erforderlich ist.

2. Ich wurde darüber aufgeklärt, dass die AnwVS die Leistungen meines Rechtsanwalts mir gegenüber in Rechnung stellen und für eigene Rechnung einziehen wird. Zugleich verzichte ich auf die Unterzeichnung der Rechnung gemäß § 10 RVG durch meinen Anwalt und das unmittelbare Einfordern des Rechnungsbetrags oder Vorschusses durch meinen Anwalt selbst (§ 9 RVG).

3. Haben Dritte (insbesondere Rechtsschutzversicherungen, Staatskasse o. ä.) die sich aus dem Mandat ergebende Forderung meines Anwalts auszugleichen, weise ich diese unwiderruflich an, die zu zahlenden Beträge schuldbefreiend ausschließlich an die AnwVS zu zahlen und mit der AnwVS zu korrespondieren. Zahlungen an mich oder an meinen Anwalt haben aufgrund dieser Weisung und der Abtretungsanzeige keine Erfüllungswirkung. Zudem trete ich, soweit zulässig, Kostenerstattungsansprüche gegen diese an die AnwVS ab, sofern mein Anwalt diese Ansprüche über die AnwVS abrechnet. Sofern Auseinandersetzungen mit diesen Dritten über die Höhe oder die Angemessenheit der von meinem Anwalt in Rechnung gestellten Honorarnoten entstehen sollten, bevollmächtige und beauftrage ich hiermit die AnwVS mit der außergerichtlichen und gerichtlichen Geltendmachung der Freistellungsansprüche aus dem Versicherungsverhältnis. Hierdurch entstehen mir keine weiteren Kosten; die Kosten werden von der AnwVS getragen.

4. Diese Erklärung gilt für alle laufenden und zukünftigen Mandatierungen. Sie kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

, den ____ . ____ .
Ort, Datum

Unterschrift des Mandanten

Wir danken für Ihre Mithilfe!

Ihre Rechtsanwaltskanzlei